



Bloß keinen Eisernen Vorhang

Das Verhältnis des Westens zu Russland ist angespannt. Doch statt weiter auf Sanktionen zu setzen, sollten wir lieber wieder stärker mit Moskau kooperieren. Nur das dient dem Frieden in Europa



MICHAEL KRETSCHMER

Rund um den Donbass verschärft sich in diesen Tagen die Situation besorgniserregend. Von allen Seiten wird militärische Ausrüstung an die Konfliktlinie verlegt. Russland konzentriert Truppen an der Grenze zur Ukraine. Eine ernsthafte Eskalation wird nicht mehr ausgeschlossen. Der Ukrainekonflikt droht zu einem Pulverfass zu werden. Es reicht der berühmte Funke, um es zum Explodieren zu bringen. Alle daran beteiligten Seiten müssen dringend zurück zu den Vereinbarungen von Minsk.

Zurzeit sind wir als Deutsche durch die Corona-Politik, die Impfstoffbeschaffung und die bevorstehende Bundestagswahl sehr mit uns selbst beschäftigt. Dabei dürfen wir unsere Nachbarn im Osten Europas nicht aus dem Blick verlieren. Es darf keinen neuen Krieg geben.

Michail Gorbatschow ist 90 Jahre alt geworden. Er tritt nur noch selten auf. Vor wenigen Monaten sagte er bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Moskau:

„Vieles davon, was wir vor 30 Jahren aufgebaut haben, ist heute verspielt. Wir brauchen viel Kraft, politischen Willen und Einsicht, um dieses Vertrauen wiederaufzubauen, um zu Kooperation zurückzukehren. Das ist schwierig, aber ich bin davon überzeugt, dass es möglich ist. Damals war es noch schwieriger, aber damals haben wir alle zusammen die Kraft gefunden, den Kurs der Welt-politik grundlegend zu ändern. Möge dies ein Beispiel für die heutigen Spitzenpolitiker sein.“

Diese Kraft brauchen alle beteiligten Seiten augenblicklich bei der Deeskalation der Lage rund um die Ukraine. Doch Deutschland und die Europäische Union müssen auch darüber nachdenken, wie wir zukünftig unsere Beziehungen zu Russland, dem großen Nachbarn in

Osten, pragmatisch und interessengeleitet so gestalten wollen, dass wir wieder verstärkt zu Kooperation finden, ohne dabei unsere Unterstützung für die Länder der Östlichen Partnerschaft in Frage zu stellen.

Die Wirtschaftssanktionen des Westens haben der russischen Führung unsere Haltung gegenüber Völkerrechtsverletzungen deutlich werden lassen. Als Mittel der Politik sind sie dennoch umstritten. Sachsen profitiert, wie Deutschland insgesamt, vom Freihandel. Heute ist Russland nicht mehr unter den zehn größten sächsischen Handelspartnern zu finden. Die Sanktionen haben damit Sachsens Wirtschaft nachhaltig geschadet.

Gleiches gilt für Deutschland insgesamt. Wir müssen einerseits eine klare Sprache sprechen und andererseits unsere politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland wieder normalisieren, weil das in unserem gemeinsamen Interesse ist. Die Russische Föderation steht trotz der gegen sie verhängten Sanktionen mit einer geringen Staatsverschuldung, aufgefüllten Währungs- und Goldreserven und dank zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtungen mit China auf stabilen Beinen. Wir sollten uns von der Illusion verabschieden, dass es in Russland zu einem Politikwechsel nach westlichen Vorstellungen kommt.

Wir brauchen einen Modus der Verständigung mit dem großen europäischen Nachbarn der EU. Wir brauchen ihn in Krisenzeiten, aber auch darüber hinaus. Das gegenwärtige Panorama internationaler Konflikte eröffnet einen Raum, der die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns auf transnationaler sicherheitspolitischer Rationalität unumgänglich macht: Russland und die EU müssen vor dem Hintergrund globaler Krisen zumindest in Teilbereichen wieder gemeinsam agieren.

Die Kooperation mit Russland ist dabei nicht allein ein pragmatischer Vernunftentschluss, aus der Not geboren oder von der prekären Konfliktlage diktiert. Sie ist ein Beitrag zum Frieden in Europa.

Vor 30 Jahren waren es Michail Gorbatschow und Helmut Kohl, die die Idee eines gemeinsamen europäischen Hauses vom Atlantik bis Wladiwostok teilten. Im Angesicht des gegenwärtigen Säbelrassels rund um den Donbass scheint es nur schwer vorstellbar, eine solche Visionen wieder aufleben zu lassen. Zugrunde liegt ihr jedoch die Überzeugung, dass Russland zu Europa gehört und untrennbar mit der europäischen Kultur und Zivilisation verbunden ist.

Auf eine solche Vision zu verzichten, bedeutet, Russland weiter in die Arme Chinas zu treiben. Sollte es zu einer noch engeren Bindung beider Großmächte kommen, würde sich der flächengrößte Staat der Welt, die Militärmacht Russland, mit dem bevölkerungsstärks-

ten Staat der Welt, der Wirtschaftsmacht China, verbünden. Damit entstünde ein Machtbereich, der sich vom Südchinesischen Meer bis an die Ostsee erstreckt.

Die Idee gemeinsamer europäischer Strukturen darf nicht aufgegeben werden. Russland müsste dazu zu einer Außenpolitik zurückfinden, die nicht in Einflussphären denkt. Die USA müssten darauf verzichten, eine Annäherung EU-Europas an Russland zu erschweren, so wie es gerade im Fall von Nord Stream 2 versucht wird.

Die Fertigstellung der Pipeline ist unverzichtbar und liegt im deutschen Interesse. Die osteuropäischen Staaten und Russland müssen gemeinsam einen Versöhnungsprozess beginnen, um die schwarzen Perioden ihrer Geschichte aufarbeiten. Wenn es uns langfristig gelingen würde, ein gemeinsames Europäisches Haus zu schaffen, wäre dies auch ein enormes Friedensprojekt.

Sachsen versteht sich als Brücke Deutschlands in den Osten. Diese jahrhundertalte Tradition reicht bis in die Zeit Peter des Großen und August des Starken zurück. Peter der Große war gern gesehener Gast in Sachsen. Michail Lomonossow, der berühmte russische Universalgelehrte, weilte für fast ein Jahr im sächsischen Freiberg. Russlands berühmter Schriftsteller Dostojewskij verbrachte in Dresden die längste Zeit außerhalb seiner Heimat. Auch heute gibt es enge und vielfältige Verbindungen.

Eine neue Brücke könnte die Weiterentwicklung der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch in Hamburg zu einem Jugendwerk sein. Jugendwerke bestehen auf Initiative von Charles de Gaulle und Konrad Adenauer sowie von Helmut Kohl und Tadeusz Mazowiecki seit 1963 bzw. 1991 bereits mit Frankreich und Polen. Hierbei sind beide Seiten gleichberechtigt eingebunden und erlegen sich die gleichen Pflichten auf.

Ein deutsch-russisches Jugendwerk wäre vor dem Hintergrund unserer gemeinsamen Geschichte ein wichtiges Signal für die jungen Menschen und die Bürgergesellschaft in Russland und Deutschland.

Wir leben in einer Zeit, die für das 21. Jahrhundert eine ähnliche Zäsur bedeuten könnte wie das Jahr 1945 für das 20. Jahrhundert. Das betrifft Bündnisse und Allianzen, das betrifft Fragen der Globalisierung sowie der Wirtschafts- und Finanzpolitik, das betrifft internationale Solidarität, aber das betrifft auch ein Reflektieren darüber, was sich im Umgang miteinander politisch bewährt hat und was nicht.

Innerhalb der Europäischen Union sind heute Konflikte, wie wir sie um den Donbass erleben, nicht mehr vorstellbar. Niemand kann sich einen militärischen Aufmarsch geschweige denn einen Krieg zwischen den Staaten der

Europäischen Union vorstellen. Die augenblickliche Krise zwischen der EU und Russland darf nicht dazu führen, dass wir in Sprachlosigkeit verfallen. Wir brauchen einen Kompass, dort, wo es notwendig ist, klare Worte, aber Politik braucht auch Visionen. Auf keinen Fall brauchen wir einen neuen Eisernen Vorhang und Krieg.

Nicht nur aus Gründen von Kunst, Kultur, Wirtschaft und Impfstoff fahre ich nach Russland.

Gerade in der jetzigen Krisensituation ist es besonders wichtig, im Austausch zu bleiben, den Dialog zu suchen und miteinander zu reden. Nur so kann man seinen eigenen Standpunkt erklären, Position beziehen sowie sich in die Lage seines Gegenübers hineinversetzen und dessen Argumente besser wägen.

Michael Gorbatschow hat viel für uns Deutsche getan. Im Alter von 90 Jahren ruft er uns noch einmal dazu auf, gemeinsam die Kraft zu finden, um Vertrauen wiederaufzubauen. Wir

sind ihm und dem Vermächtnis Helmut Kohls verpflichtet – auch ich.

■ Der Autor ist Ministerpräsident des Freistaats Sachsen. Er reist am Mittwoch dieser Woche zu politischen Gesprächen nach Moskau.



Wir sollten uns von der Illusion verabschieden, dass es in Russland zu einem Politikwechsel nach westlichen Vorstellungen kommt: Wladimir Putin im Kremlin